

Antrag

Initiator*innen: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Titel: **Ä3 zu A5: Der Herbst der Reformen darf kein Herbst der sozialen Kälte werden!**

Antragstext

Von Zeile 178 bis 180 einfügen:

Wohnungsbaugesellschaften möchten wir gezielt unterstützen, damit Wohnraum dort entsteht, wo er gebraucht wird. Wir wollen der Finanzialisierung des Wohnungsmarkts, auf dem große Immobilienkonzerne Profite zu Lasten der Mieter*innen und einer nachhaltigen Ortsentwicklung machen, ein Ende bereiten. Dafür brauchen wir konkrete Instrumente wie eine Leerstandssteuer, einen Ausschüttedeckel für große Immobilienkonzerne oder einen Immobilienregister. Wir setzen uns im Bundesrat, Bundestag und EU Parlament dafür ein den Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Wohnen ist öffentliche Daseinsvorsorge und kein Spekulationsobjekt. Der Wohnungsmarkt braucht Regulierung, denn nur das Credo “Bauen, Bauen, Bauen” wird das Verteilungsproblem nicht lösen!

Begründung

Die Finanzialisierung des Wohnungsmarkts ist spätestens seit den 90er Jahren in vielen Städten und Regionen ein ernstes Problem. Eine Politik, die sich für faire Mieten für alle Menschen einsetzt, darf die Probleme die durch Finanzialisierung entstanden sind nicht ignorieren. Auch wenn wir diese in den Kommunen und im Land nicht alleine lösen können, müssen wir sie adressieren. Auf Europäischer Ebene haben wir eine Reihe von Vorschlägen, wie wir diese Entwicklung bremsen

können.

<https://extranet.greens-efa-service.eu/public/media/file/1/9077>

Unterstützer*innen

Conny Clausen (KV Flensburg), Aminata Touré (KV Neumünster), Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Stella Marie Viebrock (KV Flensburg), Falk Bednarski (KV Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Birgit Graf (KV Herzogtum Lauenburg), Paulina Spiess (KV Kiel), Annette Granzin (KV Ostholstein), Ralf Striecker (KV Flensburg), Gazi Freitag (KV Plön)